

A 26 Ost – Gigantische Fehlinvestition verhindern!

Im aktuellen Bundesverkehrswegeplan sind rund 1 Milliarde Euro für die Verbesserung der Infrastruktur des Hamburger Hafens vorgesehen. Der Hamburger Senat beabsichtigt, u. a. die auf niedersächsischer Seite bereits fertige bzw. im Bau befindliche A 26 an die A 7 und die A 1 anzuschließen (so genannte „Hafenquerspange“). Dieses Vorhaben ist trotz großer Bedenken der Hamburger GRÜNEN auch im Koalitionsvertrag zwischen SPD und GRÜNEN enthalten.

Die Harburger GRÜNEN lehnen den Bau der A 26 Ost ab. Mit der aktuellen Planungsvariante des Senates („Südtrasse“) werden wertvolle Naturflächen zerstört und der Stadtteil Wilhelmsburg von einer weiteren Autobahn zerteilt. Die Lärm- und Schadstoffemissionen für die Bevölkerung in den betroffenen Stadtteilen nehmen stark zu.

Die bisherigen Planungen und Beschlusslagen des Senates zeigen, dass Emissionsfragen von Lärm und Schadstoffen nicht hinreichend geklärt sind. Eine Planung, die diese Bedürfnisse in ausreichender Weise berücksichtigt, wird die Kosten erheblich erhöhen und damit die Trassenführung unwirtschaftlich machen.

Die der Planung zugrunde liegenden Verkehrsprognosen sind schon einige Jahre alt. Die aktuellen Umschlagentwicklungen des Hafens zeigen, dass sie überhöht waren und sind. Bei Anpassung der Prognosen an die Realität zeigt sich, dass der Bedarf für eine gänzlich neue Autobahn nicht vorhanden ist. Deshalb muss der Grundsatz „Sanierung und Ausbau vor Neubau“ gelten.

Wir plädieren daher ebenso wie die Naturschutzverbände für eine Änderung der Planungen und zu einer Verwendung der Investitionsmittel des Bundesverkehrswegeplans für die zwei folgenden Alternativen:

- Erneuerung der Köhlbrandbrücke: Diese wird in absehbarer Zeit ersetzt werden müssen. Eine neue Querung über den Köhlbrand ist geeignet, die Haupthafenroute besser an die A 7 anzubinden.
- Tunnelverbindung vom Hafen unter der Veddel zur A 1: Diese wurde im Zuge der Olympiaplanungen bereits vorgesehen, um das Olympiagelände vor einer quer hindurch führenden Autobahn zu bewahren.

Da es sich bei beiden Projekten um eine Zuwegung zum Hafen handelt, ist eine Finanzierung aus dem Bundesverkehrswegeplan möglich.

Mit der Umsetzung dieser beiden Projekte würde die Straßenverkehrsanbindung des Hamburger Hafens nachhaltig verbessert. Daneben bleibt die Umsetzung der im Koalitionsvertrag festgehaltenen Maßnahmen zur Verbesserung der Schienenanbindung eine dringende Aufgabe, die mit mindestens dem gleichen Nachdruck vorangetrieben werden muss.